

Bundesministerium für Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Wien, 1. April 2009
GZ 301.961/001-S4-2/09

**Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das IPR-Gesetz
geändert und das Bundesgesetz über internationales Ver-
sicherungsvertragsrecht für den Europäischen Wirtschafts-
raum aufgehoben wird; Begutachtung und Stellungnahme**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rechnungshof dankt für die mit Schreiben vom 12. Februar 2009,
Zl. BMJ-C111/0006-I 9/2009, erfolgte Übermittlung des Entwurfes eines Bundesgesetzes,
mit dem das IPR-Gesetz geändert und das Bundesgesetz über internationales Versiche-
rungsvertragsrecht für den Europäischen Wirtschaftsraum aufgehoben wird, und teilt
mit, dass im Rahmen des Begutachtungsverfahrens aus der Sicht der Rechnungs- und
Gebarungskontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen.

Von dieser Stellungnahme wird jeweils eine Ausfertigung dem Präsidium des National-
rates und dem Bundesministerium für Finanzen übermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident:
i.V. Sch. Dr. Edith Goldeband

F.d.R.d.A.: